

64. ordentliche Mitgliederversammlung vom 16. Juni 2009 in Bern

Wertschöpfung zentral

Bern, 16.06.2009 – An der 64. Mitgliederversammlung von strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS hat Verbandspräsident Niklaus Zürcher die Eidgenössische Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“ als „Bschiss“ entlarvt. Er zeigte auf, dass gemäss dem Volksbegehren künftig nicht – wie von den Urhebern behauptet – die Hälfte, sondern drei Viertel der zweckgebundenen Mineralölsteuermittel zugunsten des öffentlichen Verkehrs (öV) verwendet werden sollen.

Nach eigenen Angaben wollen die Initianten eine Neuverteilung der für den Strassenverkehr zweckgebundenen Mineralölsteuern anstreben. Heute erhält der öV aus diesen finanziellen Mitteln einen und der Strassenverkehr drei Viertel. In Zukunft soll die eine Hälfte für den Schienenverkehr und die andere Hälfte für den Strassenverkehr eingesetzt werden. Dabei reden die Initianten von rund 800 Millionen Franken die pro Jahr „umgelagert“ werden sollen.

Allerdings wird dabei ein wesentliches Element des Volksbegehrens unterschlagen, wenn nicht sogar bewusst verschwiegen: Mit dem Rest der Mineralölsteuermittel, die dem Bund künftig für Aufgaben und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr noch zur Verfügung stehen soll, sind laut Initiativtext auch weiterhin alle bereits heute zugunsten des öV finanzierten Massnahmen zu bezahlen. In Tat und Wahrheit soll also eine Umkehr der bestehenden Verteilung der zweckgebundenen Mineralölsteuern erreicht werden: Künftig bekommt der Strassenverkehr noch einen, der Schienenverkehr hingegen drei Viertel dieser Strassengelder.

Es geht also – anhand der Zahlen der Initianten ausgedrückt – nicht um eine Umwidmung von „nur“ 800 Millionen, sondern von jährlich rund 1'700 Millionen Franken. Der öV und insbesondere der Schienenverkehr würden demnach aus Mineralölsteuermitteln total gegen 2,6 Milliarden und der Strassenverkehr lediglich rund 850 Millionen Franken pro Jahr erhalten. Zusammen mit den gut 300 Millionen Franken an Einnahmen aus der Nationalstrassenabgabe (Autobahnvignette) stünden für den Strassenverkehr letztlich nur noch rund 1,15 Milliarden Franken zur Verfügung.

INFO INFO

Strassenverkehr rollt im Dienst von Wirtschaft und Gesellschaft

In der Folge listete Niklaus Zürcher, Präsident von **strasseschweiz**, eine ganze Reihe sachlicher und stichhaltiger, sowohl von Seiten des Bundes als auch vom Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr (Litra) belegter Argumente auf, die für eine klare Ablehnung der Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“ sprechen.

So erwähnte er z.B., dass – bezogen auf die erbrachten Leistungskilometer – die Investitionen in die Strasseninfrastruktur fast sechsmal tiefer ausfallen als jene in die Schieneninfrastruktur. Zudem sei die Wertschöpfung des Strassenverkehrs mehr als sieben Mal höher als jene des Schienenverkehrs. Ferner entspreche die Wertschöpfung pro investierten Franken beim Strassenverkehr dem Faktor elf, beim Schienenverkehr lediglich dem Faktor zwei. Demzufolge erhalte die Schweizer Volkswirtschaft aus dem Strassenverkehr fünfmal mehr zurück als aus dem Schienenverkehr.

Aufgrund dieser Fakten drängt sich laut Niklaus Zürcher die Frage auf, weshalb bei den Investitionsentscheidungen und der Finanzmittelzuteilung dem unterschiedlichen Wertschöpfungspotenzial der Verkehrsträger Schiene und Strasse nicht stärker Rechnung getragen wird. Der Strassenverkehr diene nicht dem Selbstzweck, sondern sei ein entscheidender Faktor der ökonomischen und sozialen Entwicklung.

„Der Strassenverkehr rollt im Dienst von Wirtschaft und Gesellschaft. Aufgrund der Notwendigkeit einer fortgesetzten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes ist der Strassenverkehr aus der politischen Umklammerung und Beengung zu befreien und – entsprechend seiner dominierenden Bedeutung für die Volkswirtschaft unseres Landes – innert nützlicher Frist seiner optimalen Entfaltung zuzuführen“, sagte der Präsident von **strasseschweiz**.

Der Bund könne nicht mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aus dem Strassenverkehr rechnen, solange einer weiteren Zweckentfremdung von Strassengeldern Tür und Tor geöffnet würde. Die Strassenkasse sei definitiv kein Selbstbedienungsladen mehr; sie habe als Goldesel für nicht strassenspezifische Zwecke endgültig ausgedient!

Wahl von Rudolf Zumbühl zum neuen Präsidenten

Die Mitgliederversammlung wählte Rudolf Zumbühl, Leiter Politik und Wirtschaft des Touring Club Schweiz (TCS) sowie Mitglied der TCS-Geschäftsleitung, zum neuen Präsidenten des Verbands **strasseschweiz**. Niklaus Zürcher trat nach vierjähriger Amtszeit turnusgemäss zurück. In seiner Funktion als Direktor des Automobil Club der Schweiz (ACS) wird er den ACS weiterhin in den Organen von **strasseschweiz** vertreten.

strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS (vormals Schweizerischer Strassenverkehrsverband FRS – Fédération Routière Suisse FRS) ist die Dachorganisation der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs in der Schweiz. **strasseschweiz** umfasst rund 35 Verbände aus der Automobil- und Strassenwirtschaft sowie aus den zahlreichen helvetischen Strassenbenutzer- und Fahrlehrerorganisationen. Die wichtigsten Trägerorganisationen sind: TCS (Touring Club Schweiz); auto-schweiz (Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure); AGVS, Autogewerbeverband der Schweiz; ACS (Automobil Club der Schweiz) und ASTAG (Schweizerischer Nutzfahrzeugverband).